

Bundesministerium für Wirtschaft und  
Energie

██

Ihr Zeichen: /  
Ihre Nachricht vom: /  
Mein Zeichen: /  
Meine Nachricht vom: /

Ferdinand Kuhn  
Ferdinand.Kuhn@wimi.landsh.de  
Telefon: 0431 988-4670

17.09.2020

## **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes und anderer Vorschriften**

Sehr geehrter ██████████  
sehr geehrter ██████████,

in Ihrer Mail vom 15.09.2020 baten Sie um Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes und anderer Vorschriften. Hierzu erhalten Sie folgende Kommentare:

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Rahmen der Energiewende stellt die Länder vor hohe Herausforderungen. Neben dem Ausbau der Erzeugungskapazität muss auch der überregionale Netzausbau vorangetrieben werden. Die bestehenden Netzengpässe haben volkswirtschaftlich hohe Kosten zur Folge. Der weitere zügige überregionale Netzausbau ist daher zu begrüßen, um die finanzielle Belastung der Stromverbraucher in Deutschland zu reduzieren. Wir sehen daher die vorliegenden Änderungen des Bundesbedarfsplangesetzes und weiterer Vorschriften positiv.

Die Aufnahme der überregionalen Netzausbaumaßnahmen Nr. 48, 50 und 51 in Schleswig-Holstein ermöglicht es zukünftig, den im Bundesland erzeugten Windstrom einfacher und schneller in andere Bundesländer zu transportieren. Dadurch werden die volkswirtschaftlich ineffiziente Abregelung minimiert und Verbraucher entlastet.

Die Einführung der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts erachten wir als gut und sinnvoll. Eine Beschleunigung der Vorhaben ist wichtig, um die Umsetzung der Netzausbaumaßnahmen zeitnah zu erreichen und so teure Netzengpässe schneller zu beseitigen.

Mit freundlichen Grüßen

Ferdinand Kuhn

Referat für Energiewirtschaft und Industriegebiet Brunsbüttel